

## WIRTSCHAFTSPOLITISCHE SPIELRÄUME UND GLOBALISIERUNG: DAS BEISPIEL DES STEUERWETTBEWERBS

1. Der Wohlfahrtsstaat unter Druck .....	134
2. Argumente für den Steuerwettbewerb .....	135
3. Der Steuerwettbewerb ist voll im Gange .....	137
4. Argumente gegen den Steuerwettbewerb .....	140
5. Steuerwettbewerb und öffentliche Infrastruktur ..	143
6. Der Minimalstaat als Ergebnis einer negativen Auslese im Wettbewerb der Systeme .....	145
7. Das „Rätsel“ des Wohlfahrtsstaates aus liberaler Sicht .....	148
8. Der Steuerwettbewerb und die Grenzen der Umverteilung .....	149
9. Wo bleibt die segensreiche Disziplinierungsfunktion? .....	152
10. Das Gegenbeispiel der Schweiz .....	152

**Herbert Walther**

Universitätsprofessor  
und Leiter des  
Instituts für Arbeits-  
markttheorie und  
-politik der  
Wirtschaftsuniversität  
Wien

**Auszug aus WISO 1/2007**

**isw**

**Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften**

Gruberstraße 40–42

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: [wiso@akooe.at](mailto:wiso@akooe.at)

Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)

### 1. Der Wohlfahrtsstaat unter Druck

Warum steht der Wohlfahrtsstaat unter einem derartigen Druck, wie er im Augenblick zu beobachten ist? Die Ursachen liegen auf der Hand:

- Wir erleben eine anhaltende Beschäftigungskrise in Europa, mit zweistelligen Arbeitslosenraten in vielen Ländern.
- Wir haben absehbare demografische Veränderungen und ein Pensionsproblem, das uns die letzten Jahre beschäftigt hat (und vermutlich noch weiter beschäftigen wird).
- Wir haben aber auch eine stark geschwächte Gewerkschaftsbewegung. Sie ist geschwächt worden einerseits durch den Strukturwandel (die Entindustrialisierung) und die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, andererseits aber auch durch eigene Fehler.
- Globaler und EU-weiter Standortwettbewerb kommt dazu. Er wird natürlich als Hebel für viele politische Forderungen von Unternehmensseite genützt, aber auch von Seiten der Finanzmarktlobbys, die eine immer wichtigere Rolle spielen; da teile ich absolut die Einschätzungen des Kollegen Schulmeister in diesem Heft.
- Dazu kommt ein liberales Meinungsmonopol in der Wirtschaftspresse, das permanent „T.I.N.A.“ trommelt: „There is no alternative“ – zur neoliberalen Politik. Dieses Meinungsmonopol pflegt das Feindbild des ausufernden Steuer- und Sozialstaates, und es entwirft gleichzeitig ein idyllisches Gegenbild liberaler Utopien: Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt, Kapitaldeckung in der Pensionsversicherung, schlanker, effizienter Staat dank Steuerwettbewerb etc. etc.

*Wohlfahrtsstaat  
im Sturm der  
Globalisierung*

Der Druck ist also vorhanden. Und es wird ihm auf breiter Front nachgegeben.

Das Ganze ergibt in Summe einen umfassenden Rückzug des Staates aus der Bereitstellung von Infrastruktur und den Sozialabbau, den wir in vielen europäischen Ländern beobachten können.

Welche Argumente verwendet die liberale Theorie für den Steuerwettbewerb?

Ich werde diese Argumente kurz präsentieren und dann versuchen zu begründen, weshalb sie meiner Überzeugung nach theoretisch und empirisch fragwürdig bis falsch sind, und zwar sogar dann, wenn man die Prämissen der orthodoxen Sichtweise (also die Grundannahmen des ökonomischen Liberalismus) durchaus ernst nimmt und auf deren Grundlage argumentiert. Auch auf das „Vorbild“ Schweiz werde ich einen kritischen Blick werfen. Denn das ist ja ein Land, das seit Langem durch einen intensiven Steuerwettbewerb gekennzeichnet ist, weil die Kantone die Steuerhoheit besitzen. Zum Abschluss werde ich die Frage stellen, welche Alternativen es zum Steuerwettbewerb gibt.

*Worum geht es?*

## 2. Argumente für den Steuerwettbewerb

Grundsätzlich ist es so, dass mit der Literatur der „Neuen Politischen Ökonomie“ auch in der Wissenschaft der 1980er- und 1990er-Jahre ein Bild des Staates entworfen wurde, das einem Leviathan gleicht, einem biblischen Ungeheuer, einem schwarzen Loch, in dem die finanziellen Mittel der privaten Haushalte verschwinden.<sup>1</sup> Den Grund dafür sehen die Liberalen in einer Vielzahl von strukturellen Ursachen des Staatsversagens:

*Staat als Moloch*

- Zuerst sind wir mit der Unmöglichkeit konfrontiert, individuelle Präferenzen (die Vorlieben Einzelner) für öffentliche Güter logisch konsistent in kollektive Präferenzen (gleichsam in den „Wunsch der Gesellschaft“) umzugießen. Das ist eine mathematische Übersetzung der altbekannten Weisheit „Allen Leuten recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann“. Wir haben also keine präzise Antwort auf die Frage: „Wer ist, was will denn eigentlich das Volk wirklich?“
- Der Monopolcharakter vieler öffentlicher Dienste ist eine weitere mögliche Ursache für Staatsversagen. Schon Adam

*Ursachen des Staatsversagens*

- Smith hat gemeint, alle Übel des Staates seien im Wesentlichen die Übel des Monopols.
- Dann gibt es das Principal-Agents-Problem, das in der neueren Literatur intensiv diskutiert wird. Dieses Problem läuft im Wesentlichen darauf hinaus, dass die kontrollierende oder den Auftrag erteilende Instanz sich nie sicher sein kann, ob jene, die ihn ausführen, auch wirklich im Sinne der vorgeschriebenen Ziele handeln oder aber in ihrem eigenen Interesse. Da gibt es das Wahlvolk, das etwas von den Parteien will, die Parteien machen aber nicht unbedingt das, was ihre Wähler und Wählerinnen wollen, und die Bürokratie macht erst recht etwas ganz anderes, als die Parteien von ihr wollen. Es gibt also Eigeninteressen von politischen Funktionären und Funktionärinnen (aber auch der Bürokratie), die zu stimmenmaximierendem Verhalten, zu populistischen Aktionen und zu Ausgabenmaximierung führen können.
  - Natürlich spielt auch die „Kurzsichtigkeit“ – das schlechte Gedächtnis – der Wählerschaft eine ungünstige Rolle bei der Kontrolle des Staatsverhaltens, wird leider Ehrlichkeit vor der Wahl oft genug bestraft.
  - Es gibt einen asymmetrischen Einfluss von Lobbys auf die Politik mit der Folge, dass durch dieses „rent seeking“ Ressourcen verschwendet werden. Man stellt sich an, um Subventionen zu kriegen, anstatt etwas Vernünftiges zu produzieren. Gerade kleine und kleinste Interessengruppen sind dabei oft besonders erfolgreich.
  - Politische Entscheidungsprozesse sind von hohen Transaktionskosten belastet. Das sind hauptsächlich Verhandlungskosten, denn da gibt es strategisches Verhalten, also Bluff und Täuschung, die in politischen Verhandlungen eine große Rolle spielen.
  - Nicht zuletzt sind Verantwortlichkeiten bei Kollektiventscheidungen diffus, sodass sich jeder und jede an anderen „abputzen“ kann, wenn irgendetwas schief läuft, was der Verantwortungslosigkeit im Umgang mit öffentlichem Geld Vorschub leistet.

- Das Auf-die-lange-Bank-Schieben von unpopulären Entscheidungen führt zu Kompromissen in Form von Kostenabwälzungen auf Dritte, oft zulasten zukünftiger Generationen.

Obwohl die Probleme der Kontrolle staatlichen Handelns unbestritten groß sind, werden sie von den Liberalen gerne in besonders düsteres Licht getaucht; vor diesem Hintergrundporträt präsentiert man dann die Vorzüge des Steuerwettbewerbs in leuchtenden Farben.

Die Freiheit der Standortwahl für Arbeit – das „voting by feet“ – und die Standortwahl des Kapitals, also der Firmen oder des Finanzkapitals, zügeln die Macht des staatlichen Monopols mit seinen Tendenzen zum Fehlverhalten. Das ist das zentrale Argument, einen Standortwettbewerb in Form des Steuerwettbewerbs zuzulassen. Der Steuerwettbewerb ist segensreich, weil er ein unverzichtbares Disziplinierungsinstrument ist, um Bürokratie und Wohlfahrtsstaat kleinzukriegen.

*die Zähmung des Leviathans*

Wenn Sie die Financial Times oder den Economist lesen, dann ist das die simple, messianische Grundbotschaft hinter all diesen Argumentationen.

### 3. Der Steuerwettbewerb ist voll im Gange

Blickt man auf die Empirie, dann stellt man fest, dass in der Tat der Steuer- und Sozialabbau-Wettbewerb unter dem Titel Standortwettbewerb voll im Gange ist. Schauen wir uns zum Beispiel die Körperschaftssteuern an.

*Blick auf die Empirie*

Tabelle 1 führt die Körperschaftssteuern der neuen osteuropäischen Beitrittsländer zur Europäischen Union auf. In manchen Zeilen sind zwei Steuersätze angegeben, zum Beispiel bei Estland im Jahr 2000 (null und 26 Prozent): Der Steuersatz null gilt für einbehaltene Gewinne, der Steuersatz 26 für ausgeschüttete Gewinne. Wir sehen, dass es in den meisten Ländern eine Tendenz gibt, die Steuersätze zu reduzieren.

Tabelle 1: Entwicklung der Körperschaftssteuer in Mittel- und Osteuropa (Steuersätze in Prozent)

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Estland	26	26	26	26	26	0/26 <sup>1</sup>	0/26	0/26	0/26	0/26
Lettland	20/25	20/25	20/25	20/25	20/25	25	25	22	19	19
Litauen	29	29	29	14,5/29	14,5/29	24	24	19	19	19
Polen	40	40	38	36	34	28	28	28	24	19
Slowakei	40	40	40	40	40	29	29	25	25	19
Slowenien	30	25	25	25	25	25	25	25	25	25
Tschechien	41	39	39	35	35	31	31	31	31	31
Ungarn	18/33	18/33	18	18	18	18	18	18	18	18

<sup>1</sup>Sind zwei Sätze angegeben, gibt der erste den Steuersatz für einbehaltene und der zweite den Steuersatz für ausgeschüttete Gewinne an.

Quelle: Bönker, F., Steuerpolitische Aspekte der EU-Osterweiterung. in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 4/2003, S. 522 ff., Tab. 3 (ergänzt um das Jahr 2004)

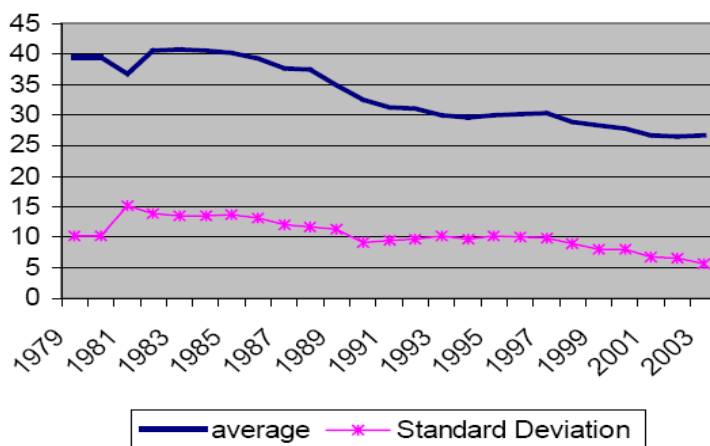
### Steuerwettbewerb in Aktion

In Tabelle 1 angeführt sind allerdings nur die formalen Steuersätze, die effektiven Steuersätze (nach Berücksichtigung der im Steuerrecht vorgesehenen Steuerbegünstigungen) sind natürlich sehr viel schwieriger zu berechnen.

Abbildung 1 soll zeigen, wie sich gemäß der Studie eines dänischen Instituts die effektiven Steuersätze in der Europäischen Union entwickelt haben. Sie sind tatsächlich seit Anfang der 1980er-Jahre deutlich gesunken. Auch die Streuung der effektiven Steuersätze (hier wird die sogenannte Standardabweichung als statistisches Maß für die Streuung der Beob-

achtungen verwendet) ist geringer geworden. Man hat in dieser Untersuchung eine Simulation für ein bestimmtes repräsentatives Unternehmen durchgeführt und dabei auch berücksichtigt, welche Unterschiede es in den Definitionsgrundlagen für die Bemessung der Körperschaftssteuern gibt.

Abbildung 1: Effektiver Körperschaftsteuersatz in der EU (Durchschnittssatz und Standardabweichung in Prozent der Bemessungsgrundlage)



Quelle: Krogstrup, S., Are Corporate Tax Burdens Racing to the Bottom in the European Union? in: EPRU Working Paper Series, Economic Policy Unit, Institute of Economics, University of Copenhagen 2004, S. 43

Wie hat sich Österreich im Steuerwettbewerb verhalten?

Österreich war immer ein Vorreiter, denkt man zum Beispiel an das Stiftungsrecht zurück, das zu sozialdemokratischen Zeiten geschaffen wurde. Auch in letzter Zeit hat Österreich wieder an der Schraube gedreht. Der effektive österreichische Körperschaftsteuersatz war schon vor der letzten Steuerreform deutlich niedriger als in der EU, nämlich 17,7 Prozent, das ist etwa die Hälfte des effektiven Steuersatzes in der

*Österreich im Steuerwettbewerb*

Europäischen Union. Nach der letzten Steuerreform 2005, die eine Absenkung des formalen Satzes von 34 % auf etwa 25 % und die Einführung der internationalen Gruppenbesteuerung (die Anrechenbarkeit von Verlusten aus Auslandstöchtern) gebracht hat, dürfte die Oesterreichische Nationalbank als letzter echter Körperschaftssteuerzahler Österreichs übrig bleiben. (Diese Aussicht scheint in der Zwischenzeit auch dem Finanzministerium Sorge zu bereiten, daher werden neuerdings kiloweise Erlässe herausgegeben, um die Anrechenbarkeit von Verlusten aus Auslandstöchtern doch noch einzuschränken.)

#### 4. Argumente gegen den Steuerwettbewerb

##### *Einseitigkeit der Staatskritik*

Ich möchte vorweg betonen, dass die liberale Staatskritik nicht prinzipiell falsch ist, sondern nur eine höchst einseitige Karikatur zeichnet. Selbstverständlich ist der Staat niemals perfekt – er ist ein Konglomerat von unterschiedlichsten Organen, die sich selten in einem gemeinsamen Willen finden, wie man weiß. Den perfekten Staat gibt es nicht, allerdings genauso wenig wie den perfekten Markt. Es sind ja oft dieselben strukturellen Ursachen (unvollkommene Information, externe Effekte etc. in Verbindung mit rational egoistischem Verhalten von handelnden Subjekten), welche **Staats- und Marktversagen** hervorrufen. Am besten erkennt man das, wenn man sich Bereiche ansieht, wo diese strukturellen Ursachen gehäuft auftreten. Dort existiert oft Markt- und Staatsversagen nebeneinander (wie etwa im Gesundheitswesen).

Was lässt sich vor diesem Hintergrund gegen Steuerwettbewerb einwenden?

Mein zentrales Argument lautet, dass der Steuerwettbewerb auf dem „Standortmarkt“ deshalb nicht funktioniert, weil sich in diesem Kontext die Faktoren des Markt- und Staatsversagens sogar gegenseitig verstärken, ja potenzieren.



Das sei im Folgenden begründet.

Zunächst ist völlig klar, dass der Staat überall dort existiert, wo der Markt aus wohlbekanntem Gründen (öffentliche Güter, externe Effekte) bestimmte Leistungen nicht bereitstellen kann. Man kann daher den Staat nicht einfach zu einer Firma auf dem Standortmarkt umfunktionieren, wie das in der neo-liberalen Art der Darstellung passiert. Sonst gäbe es ja eine Marktlösung für ein Problem, das nur der Staat lösen kann!

*Staat ist keine Firma*

Ein halbwegs funktionierender Staat ist erstens einmal nötig, damit auch der Markt einigermaßen funktionieren kann und umgekehrt. Das heißt, es gibt in diesem fundamentalen Sinne ein komplementäres (ergänzendes) Verhältnis und kein substitutives (ersetzendes). Aber natürlich kann der Staat innerhalb breiter Grenzen mehr oder weniger Aufgaben übernehmen.

Worin besteht nun die große Schwäche der liberalen Kritik an der „übergroßen“ Ausdehnung staatlicher Einflussnahme? Diese Kritik orientiert sich an einem äußerst einseitigen Effizienzkonzept.

Volkswirtschaftliche Effizienz erfordert nämlich nicht nur, dass die Güter ohne Verschwendung von Ressourcen produziert werden (worauf die Kritik an der staatlichen „Verschwendung“ ja unermüdlich hinweist), sondern **auch**, dass die Bürger und Bürgerinnen zumindest annähernd jene **Mischung** von privaten und öffentlichen Gütern, etwa auch jenes Maß an sozialer Sicherheit bekommen, welches ihren persönlichen Präferenzen (so gut es geht) entspricht. Der einzige Weg, wie das funktionieren kann, besteht darin, dass wir die im Rahmen der Spielregeln unserer Demokratie geäußerten Präferenzen der Mehrheit respektieren, auch wenn wir keine eindeutige mathematische Formel haben, wie wir aus individuellen Präferenzen logisch konsistent eine kollektive Präferenzordnung ableiten können.

*Januskopf der Effizienz*

Und genau hier setzt meine zentrale Kritik ein.

*Steuerwettbewerb führt zu Ineffizienz* Meine These lautet schlicht: Der Steuerwettbewerb führt langfristig dazu, dass sich das Minimalstaatskonzept auch gegen den Willen, gegen die Präferenzen der demokratischen Mehrheit durchsetzt. Das Minimalstaatskonzept setzt sich bei ungezügelmtem Steuerwettbewerb auch dann durch, wenn nur eine winzige Minderheit der Bürger und Bürgerinnen eines Landes diese Präferenz teilt. Das bedeutet, dass man mit Sicherheit in einem volkswirtschaftlich ineffizienten Zustand landet. Das ist so ziemlich das Schlimmste, was die orthodoxe Theorie über einen Zustand sagen kann – Verteilungsaspekte spielen ja in deren Sicht keine Rolle.

*Minimalstaat als Resultat negativer Auslese* Der Wohlfahrtsstaat unterliegt im Wettstreit gegen den Minimalstaat **nicht**, weil er ineffizient wäre, weil der Minimalstaat volkswirtschaftlich „effizienter“ wäre und die Bedürfnisse der Bürger und Bürgerinnen besser befriedigen könnte. Er unterliegt, weil Steuerwettbewerb zwischen Staaten sogar bei einem effizient organisierten öffentlichen Sektor eine Art „adverser Systemselektion“ herbeiführt, eine negative Auslese des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems mit sich bringt. Das demokratische Recht der Bürger und Bürgerinnen, sich jenes Gesellschaftsmodell zu wählen, das sie mehrheitlich wollen, wird dadurch beschnitten.

Wie kommt es dazu?

Nun, das national-rationale Verhalten: „Senke die Steuersätze, um Betriebe anzulocken“, ist kollektiv unvernünftig. Wir haben eine Situation vor uns, die strategisch dem Gefangenendilemma der Spieltheorie gleicht, wo ein koordiniertes Vorgehen langfristig für alle besser wäre als ein individuelles, egoistisches Agieren der einzelnen Interessen. Diese These bedarf jedoch der genaueren Begründung.

## 5. Steuerwettbewerb und öffentliche Infrastruktur

Ich möchte ein Beispiel für den Standortwettbewerb zwischen Staaten bringen, deren öffentlicher Sektor relativ effizient organisiert ist. Zum Beispiel: Schweiz gegen Deutschland oder Großbritannien gegen Frankreich. Hier geht es also nicht darum, dass man dem öffentlichen Sektor Beine macht, damit er wirklich effizienter wird. Ich treffe die Annahme, dass es freien Kapitalverkehr gibt und eine Art gemeinsamen Markt wie in der EU.

Der springende Punkt ist der Folgende:

Es gibt Infrastrukturinvestitionen, die der Staat tätigt, also Investitionen in die Bildung, in den Verkehr, in die Umweltqualität, in das Sozialkapital im weitesten Sinne einer Gemeinschaft. Dazu zählen auch die Aufwendungen des Sozialstaates zum Erhalt des sozialen inneren Friedens usw. **Aber all diese Investitionen, die der Staat tätigt, haben extrem lange Abschreibungsfristen.** Das bedeutet etwa, wenn wir heute Fehler in der Bildungspolitik machen, wenn wir heute in der Bildungspolitik sparen, dann wirkt sich das erst in etwa zwanzig Jahren auf unseren Arbeitsmarkt aus. Wenn wir heute Fehler machen bei der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund, dann werden wir dafür in zwanzig Jahren die Rechnung präsentiert bekommen.

*langfristige Natur  
der Infrastruktur*

Der entscheidende Punkt bei den Infrastrukturinvestitionen ist also dieser extrem lange Zeithorizont der Abschreibungen. Staaten können daher relativ lange von der angesammelten Substanz leben.

Denken Sie an Großbritannien: Unter der Ära Thatcher wurden die öffentlichen Budgets drastisch gekürzt; am Ende dieses Prozesses, als dann die Labour-Regierung an die Macht kam, waren die öffentlichen Schulen derart ausgehungert, dass in London an öffentlichen Schulen die Vier-Tage-Woche einge-

führt werden musste, dass vierzig und mehr Kinder in einer Grundschulklasse saßen und die (besseren) Lehrer bereits scharenweise aus dem öffentlichen Dienst geflohen waren. Man kann insofern Schulden nicht nur im finanziellen Sinne machen, sondern auch, indem man Defizite in der Infrastruktur aufbaut, die sich zwanzig Jahre später schlagend auswirken.

Was ist das Spezifische der öffentlichen Infrastruktur hinsichtlich des Standortwettbewerbs?

Nun, die kurzfristigen Grenzkosten, die Zusatzkosten eines Anschlusses neuer Firmen an das Infrastrukturnetz eines Landes sind gering. Die langfristigen Zusatzerträge sind jedoch sehr hoch, wenn es uns wirklich gelingt, einen großen Betrieb hier nach Österreich zu locken, was natürlich für Österreich sehr vorteilhaft ist. Die Versuchung ist daher riesig, steuerliche Lockvogelangebote zu machen, um Firmen aus anderen Ländern abzuwerben.

Was sind steuerliche **Lockvogelangebote**?

*Wesen  
steuerlicher  
Lockvogel-  
angebote*

Das sind solche, die ohne Abwerbungserfolge nicht nachhaltig, das heißt unter langfristiger Substanzerhaltung der Infrastruktur, durchgehalten werden können. Lockvogelangebote können nur funktionieren, wenn Betriebe wirklich übersiedeln, tatsächlich ihren Standort verlagern. Im wahrscheinlichsten Fall kommt es jedoch gar nicht zu Betriebsverlagerungen, „nur“ die Steuersätze sinken im Zug dieses Wettbewerbs, wenn alle Länder simultan strategisch reagieren.

*große versus  
kleine Länder*

Jetzt komme ich zum „race to the bottom“ (zur Standortkonkurrenz als Spirale nach unten) und zur öffentlichen Infrastruktur. Die Versuchung zum Steuerdumping ist natürlich besonders groß für kleine Länder, deren Aktionen von den großen als Nadelstiche zunächst ignoriert werden. Luxemburg hat es geschafft, durch seine spezielle Behandlung der Kapitaleinkommen zu einem der reichsten Länder weltweit zu werden

– auf Kosten Frankreichs und Deutschlands und anderer Nachbarländer, deren „Steuerflüchtlingen“ Luxemburg über Jahrzehnte gewissermaßen Asyl gewährt hat.<sup>2</sup> Die Versuchung zum Steuerdumping ist also für kleine Länder besonders groß, weil sie zu Recht davon ausgehen können, dass große Länder ihre Nadelstiche ignorieren. Irgendwann müssen aber auch die großen Länder reagieren, um ihre Steuerbasis zu verteidigen.

Wir sehen das jetzt am Beispiel Deutschlands:

Die Unternehmenssteuerreform, die jetzt angesagt ist und mit Sicherheit kommt, wird die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wieder nicht beleben, sie wird ebenfalls verpuffen, aber sie kommt, weil die Unternehmensvertretungen auf der politischen Ebene beständig argumentieren: **Wenn** sie nicht kommt, dann ziehen wir die Konsequenzen und das Outsourcing wird noch intensiviert.

#### **6. Der Minimalstaat als Ergebnis einer negativen Auslese im Wettbewerb der Systeme**

EU-Kommissar Verheugen hat vor Kurzem betont, die Gefahr eines solchen „race to the bottom“ existiere gar nicht, weil die Steuern nur einer von vielen Faktoren der Standortwahl seien. Es ist zwar richtig, dass Steuern nur einer von vielen Faktoren sind, doch dieser Gesichtspunkt unterschätzt meines Erachtens das politische Erpressungspotenzial durch die reine Androhung von Standortverlagerungen.

Eine Standortverlagerung eines großen Unternehmens in einer Region ist für die betreffende Region eine wirkliche Katastrophe; daher ist das politische Erpressungspotenzial enorm. Die unmittelbar beobachtbaren Folgen des derzeitigen Steuerwettbewerbs widersprechen auch in anderer Hinsicht dieser, sagen wir, sehr herablassenden Einschätzung des Herrn Verheugen:

- schleichende Erosion der Infrastruktur* - Strukturelle Infrastrukturdefizite bauen sich wegen der langen Abschreibungsfristen sehr langsam auf. In Deutschland gibt es jedoch bereits einen Rückfall der Qualität der öffentlichen Infrastruktur; das merkt man vom Gebäudezustand der Schulen bis zu diversen anderen Einrichtungen.
- Reaktionen des Fiskus* - Die Steuereinnahmen aus mobilen Faktoren (Finanz- und Realkapital) schrumpfen, die Steuern auf immobile Faktoren (Arbeit), aber auch die Gebühren werden natürlich sukzessive erhöht. Das heißt, man erschließt sich zum Teil in wachsender Finanznot andere Einnahmequellen auf lokaler Ebene. Das bedeutet eine Verstärkung dessen, was man in der Finanzwissenschaft das Äquivalenzprinzip der Finanzierung nennt, mit entsprechend negativen Verteilungseffekten zulasten der Ärmeren. Aber das ist nicht das Ende der Geschichte.
- Flucht des Mittelstandes aus dem Solidarsystem* - Hier beginnt jäh der Punkt, wo die traditionelle Ökonomie aufhört, die Zusammenhänge mit der politischen Sphäre zu diskutieren. Wenn die Qualität der öffentlichen Dienste sinkt, dann ändert sich auch die Zahlungsbereitschaft der Bürger und Bürgerinnen für diese öffentlichen Dienste und der Druck in Richtung Steuersenkungen steigt weiter. Es verstärkt sich das private Opting-out, wenn die öffentliche Infrastruktur schlechter wird – bei Bildung, bei Sicherheit, bei Gesundheit, bei Pensionen werden private Marktalternativen forciert, intensiver beworben, und die wohlhabenden Mittelschichten seilen sich quasi aus dem allgemeinen Solidarsystem ab. Weshalb soll man für etwas zahlen, das man selbst kaum in Anspruch nimmt?
- Dieser Prozess des „Opting-out“ ist aber in gewisser Weise pfadabhängig, weil sich dadurch auch die politischen „constituencies“ ändern: Die politischen Interessenlagen der Mehrheitsbevölkerung verändern sich durch die neue Abhängigkeit. Diese neuen Systeme, die sich hier entwickeln, verschärfen den Druck in Richtung weiterer Steuersenkungen, in Richtung Minimalstaatsentwicklung.

Das Ergebnis dieses dynamischen Prozesses kann und wird meilenweit entfernt sein von dem, was die einfachen Arbitrage-

bedingungen (Rahmenbedingungen und Anpassungsreaktionen) des allgemeinen Gleichgewichts der orthodoxen Theorie behaupten. Diese würden sagen, Unterschiede der Besteuerung sind eigentlich langfristig relativ unbedeutend. Das ist – in einer unvollkommenen Wettbewerbswelt mit einer Vielzahl von Mobilitätsbarrieren – ein Standortfaktor von vielen, so wie das Wetter oder die Berge. Wenn wir höhere Steuern haben, als Ausdruck einer Vorliebe für den Wohlfahrtsstaat, dann erfordert dies einige Anpassungen bei den lokalen relativen Preisen und Löhnen, ein neues Gleichgewicht stellt sich ein und das ist schon das Ende der Geschichte. Nur unter extrem restriktiven Annahmen kommt es tatsächlich zum befürchteten „race to the bottom“<sup>3</sup>. Nichts hindert daher die verschiedenen Länder, ihren unterschiedlichen Systempräferenzen zu folgen.

Die Realität sieht anders aus: Ein wohlfahrtsstaatliches System, welches einer konsequenten Orientierung an den Präferenzen der demokratischen Mehrheit bezüglich öffentlicher Güter, Infrastruktur, sozialer Sicherheit etc. entspräche, wird sich wohl grundlegend von jenem Minimalstaat unterscheiden, der als Ergebnis dieser kumulativen ökonomisch-politischen Prozesse bei **systemendogenen politischen** Präferenzen herauskommt.

*Ergebnis:  
Ineffizienz*

Es mag ja sein, dass der Steuerwettbewerb aufgrund des Drucks der leeren Kassen („starve the beast“) gelegentlich auch zu etwas mehr Kosteneffizienz im öffentlichen Sektor führt. Mit einiger Sicherheit führt ein ungebremster Steuerwettbewerb aber zu einer Mischung an öffentlichen und privaten Gütern, welche die Mehrheit der EU-Bürger und Bürgerinnen so nicht wählen würde. Gerade dadurch wächst jedoch in den wahlentscheidenden Mittelschichten die Unzufriedenheit mit dem Staat als Anbieter erst recht. Wenn man nicht das bekommt, was man bekommen könnte, so ist dies auch aus Sicht der ökonomischen Theorie einer Verschwendung von Ressourcen, einem Verlust an Effizienz gleichzusetzen.

### 7. Das „Rätsel“ des Wohlfahrtsstaates aus liberaler Sicht

*Wohlfahrtsstaat  
ist Steuer-  
staat und  
Rechtsstaat*

Ich habe einmal, vor etlichen Jahren, am Institut für Höhere Studien einen Vortrag des berühmten US-amerikanischen Arbeitsmarktökonom Shervin Rosen (eines extrem liberalen Hardliners aus der Chicagoer Schule) gehört. Er referierte etwas zynisch über Schwedens Arbeitsmarktentwicklung. Im Vortrag gab er dann folgendes Apercu von sich: „I don't understand the Swedish people – they like to pay taxes.“ Meine Antwort auf diese Bemerkung war damals: „Maybe they get what they want.“

Die Beziehung der Menschen zum Staat ist natürlich eine Reziprozitätsbeziehung (Beziehung auf Gegenseitigkeit). Wer das aus seinen Überlegungen ausklammert, ob von der einen oder der anderen Seite der ideologischen Lager kommend, geht zwangsläufig in die Irre.

In Italien wäre ich vielleicht – Craxis, Andreottis und Berlusconis Eskapaden vor Augen – eine Art liberaler Ökonom aus Verzweiflung und würde in meiner Not für einen schlankeren Staat plädieren. Meine Freude am Steuerzahlen wäre – wie die vieler Italiener und Italienerinnen – enden wollend. In Österreich – mit seinen anderen Erfahrungen – neige ich einem wohlfahrtsstaatlichen Modell zu. Und in Schweden mit seiner korruptionsfreien, effizienten Verwaltung wäre ich wohl ein glühender Befürworter dieses Modells. Dies zeigt den sich selbst verstärkenden Charakter, die Pfadabhängigkeit von Systementscheidungen auf.

Der Wohlfahrtsstaat braucht einen starken Steuerstaat, und dieser Steuerstaat kann nur mittels eines Rechtsstaates und einer effizienten, korruptionsfreien Verwaltung funktionieren. Wenn eine dieser Säulen wegbricht, geht – über den allgemeinen Vertrauensverlust in diese Institutionen – auch der Wohlfahrtsstaat zugrunde. Es ist dann jedoch sehr schwer, wenn nicht unmöglich, den historischen Prozess wieder umzukehren.



Daher ist natürlich auch das skandinavische ökonomische Modell nicht beliebig exportierbar. Gleichwohl ist der skandinavische Wohlfahrtsstaat das einzig verbliebene „reine“ Gegenmodell zum liberalen Minimalstaatskonzept angelsächsischer Prägung und ein Vorbild für entwickelte Länder, die sich im Prinzip in diese Richtung bewegen könnten. Kann dieses Modell langfristig in einer Welt des Steuerwettbewerbs überleben? Ich bin überaus skeptisch.

Der liberalen Propaganda gelingt es zwar noch immer nicht, trotz all ihrer Bemühungen, das Grundvertrauen der Bürger und Bürgerinnen in die Institutionen des skandinavischen Wohlfahrtsstaates zu unterminieren. Aber auch in jenen Ländern, in denen die Menschen „gerne Steuern zahlen“, weil sie etwas dafür bekommen, wird permanent versucht – auf den verschiedensten Ebenen (siehe nächster Abschnitt) –, über den Hebel des Steuerwettbewerbs der widerborstigen Mehrheit einen anderen Weg, eben den des Minimalstaates aufzuzwingen.

### **8. Der Steuerwettbewerb und die Grenzen der Umverteilung**

Auch die Grenzen der demokratisch gewünschten Umverteilung werden durch Steuerwettbewerb neu definiert. Bürger und Bürgerinnen verschiedener Staaten haben – historisch begründet – auch unterschiedliche Präferenzen bezüglich des Grads der Umverteilung und des Niveaus sozialer Sicherheit. Demokratisch wäre es, würde man diesen Präferenzen Rechnung tragen.

Doch es gibt auch hier ein Problem der negativen Auslese. Staaten mit großzügigen Sozialleistungen, aber hohen (Grenz-)Steuersätzen sind besonders attraktiv für schlecht qualifizierte Zuwanderer und Zuwanderinnen, während die Reichen, aber auch die hoch qualifizierten Arbeitskräfte tendenziell abwandern.

*Freizügigkeits-  
doktrin und  
Wohlfahrtsstaat*

Wir haben also auch hier ein Problem, welches für ein einzelnes Land mit „egalitäreren“ Verteilungspräferenzen bedeutet, dass es den Wünschen seiner Bürger und Bürgerinnen nach Umverteilung umso weniger entsprechen kann, je mobiler die Arbeitskräfte sind und je „liberaler“ das wirtschaftliche System der Nachbarländer ist. Das „marginale“ Land mit der größten Toleranz für Ungleichheit diktiert den anderen die Grenzen ihrer Umverteilungsspielräume.

*Aushöhlung  
der Steuer-  
höhe*

Anhand zweier Beispiele möchte ich zeigen, dass – jenseits der hohen Theorie – diese verschiedenen Faktoren auf ganz banalen Anpassungsschienen wirken. Die Beispiele sollen illustrieren, wie der allgemein beschriebene Erosionsprozess zum Beispiel über die formalistische Auslegung des Diskriminierungsverbotes in der EU konkret und schleichend stattfindet.

Erstes Beispiel: Die Europäische Union eröffnet ein Verfahren gegen Schweden wegen Diskriminierung ausländischer Pensionsfonds. Was ist der Hintergrund? Die EU argumentiert auf der Basis der existierenden Verträge: Wegen Verstoßes gegen die vier Binnenmarktfreiheiten wird dieses Verfahren eröffnet. Sie sagt in einer Pressemitteilung ausdrücklich: Wir erlassen keine eigene Richtlinie, „weil wir nicht Gefangene des politischen Prozesses werden wollen“. Das heißt im Klartext, man will sich auf politische Argumente gar nicht erst einlassen, man will rein juristisch argumentieren. Das Problem ist dabei das folgende: Die Schweden besteuern Ausschüttungen von Pensionsfonds, indes die Einzahlungen (die zunächst über einen inländischen Sammelfonds erfolgen **müssen**) steuerbegünstigt sind. Schweden will sich dadurch den späteren steuerlichen Zugriff auf die Ausschüttungen sichern. Griechenland, Luxemburg und Portugal gewähren hingegen keine Steuervergünstigungen während der Ansparphase. Hingegen sind die Ausschüttungen der dort domizilierten Fonds steuerfrei. Das bedeutet, dass wohlhabende Schweden, wenn es ihnen dank EU offensteht, auch direkt bei ausländischen Fonds

steuerbegünstigt zu sparen, als Rentner und Rentnerinnen in den sonnigen Süden wandern werden, um am Ende die doppelte Steuerbegünstigung zu kassieren. Die Kommission verweist übrigens etwas zynisch Schweden auf den Weg bilateraler Verhandlungen (Informationsaustausch etc.), um dieses Problem zu lösen.

Ein zweites Beispiel: Die Sozialrichtlinie der Europäischen Union (Verordnung Nr. 1408/71) sieht zum Beispiel vor, dass Anspruchszeiten für die Arbeitslosenunterstützung, die in verschiedenen Ländern erworben wurden, zusammengelegt werden müssen. Eine an sich sinnvolle Sache – wenn die ökonomischen und rechtsstaatlichen Verhältnisse in benachbarten Ländern relativ homogen sind, weil dadurch die Mobilität der Arbeitskräfte erleichtert wird.

*Sozial-  
richtlinie und  
„Sozialarbitrage“*

Im Zuge der Erweiterung der EU um Länder mit deutlich niedrigerem Lohnniveau ergeben sich dabei jedoch Probleme, weil man ab dem Jahre 2011 schon nach relativ kurzer Beschäftigungsdauer in Österreich einen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung (aber auch auf andere, nicht diskriminierend zu gewährende Sozialleistungen, zum Beispiel die Familienbeihilfe) in der Tasche haben kann. Auch wenn man die berechtigte Hoffnung haben kann, dass bis dahin die Einkommensunterschiede zu unseren östlichen Nachbarn geringer sein werden, besteht die Gefahr einer Art „Sozialarbitrage“ auf der Basis der Schaffung von Scheinbeschäftigungsverhältnissen in Österreich. Daraus ist zu schließen, dass man bestimmte **nicht diskriminierende** rechtliche Barrieren bräuchte. Es ist jedoch kaum möglich, solche zu finden, die vor den kritischen Augen des EuGH Bestand haben könnten. Letzten Endes wird es wohl darauf hinauslaufen, dass der Zugang zu diesen Sozialleistungen für alle erschwert werden wird, wenn die Kosten aus dem Ruder laufen.

Es ist klar, dass der Anpassungsdruck auf ein Land, das sich bei relativ höherem Lohnniveau demokratisch gewollt ein relativ

großzügigeres Sozialsystem als seine Nachbarn leisten will, durch offene Grenzen und eine dogmatische Orientierung am Nicht-Diskriminierungsprinzip massiv steigt. Es hilft jedenfalls nichts, vor solchen Problemen die Augen zu verschließen, solange die Ungleichheit der Lebensbedingungen in der erweiterten EU noch immer so groß ist.

### 9. Wo bleibt die segensreiche Disziplinierungsfunktion?

*Disziplinierungsfunktion des Steuerwettbewerbs – eine Schimäre*

Wo bleibt die segensreiche Disziplinierungsfunktion des Steuerwettbewerbs? Staaten sind keine Firmen im internationalen Wettbewerb, sie können nicht einfach nach einem Konkurs von der Landkarte verschwinden. Die Disziplinierungspeitsche des Steuerwettbewerbs kann ganz andere Effekte haben als erhofft. Wer einen Herzkranken zum Stadtmarathon zwingt, kann recht unangenehme Überraschungen erleben.

Die Liberalen werden nicht müde, uns zu erklären, dass alle Regierungen liederlich sind, kurzfristig denken usw. usf. Regierungen, sagen sie, lieben Vabanque auf Kosten der Zukunft. Nun, wenn das so ist, weshalb haben unsere Liberalen dann das Vertrauen, dass Steuerdumping wirklich in volkswirtschaftlich sinnvoller Weise funktionieren kann? Woher kommt dieses Vertrauen? Besteht – gerade wegen der Schwäche des Staates und der Politik – nicht nur die Möglichkeit, sondern sogar die hohe Wahrscheinlichkeit eines unsoliden, kurzatmigen Steuerdumpings, das langfristig allen schadet und überall bloß eine kaputte Infrastruktur (oder höhere Schulden) hinterlässt? Eine Strategie der nachhaltigen Verbesserung der Qualität der öffentlichen Dienste, der Infrastruktur, des sozialen Zusammenhalts ist ja viel mühsamer!

### 10. Das Gegenbeispiel der Schweiz

*Steuerwettbewerb verschärft die Ungleichheit*

Was ist mit dem Gegenbeispiel der Schweiz? Immer wenn man über Steuerwettbewerb redet, wendet jemand ein: Aber die Schweiz! Der geht's doch gut, oder nicht?

Schauen wir uns daher an, was in der Schweiz diesbezüglich los ist. Die Schweiz kennt intensiven Steuerwettbewerb seit Langem.<sup>4</sup> Die Kantone haben die Steuerhoheit. Seit Kurzem gibt es jedoch zumindest eine Harmonisierung der Körperschaftssteuer. Ganz so glücklich scheinen die Schweizer und Schweizerinnen also nicht gewesen zu sein mit dem, was sich da an Wettbewerb zwischen den Kantonen abgespielt hat.

*Steuerwettbewerb in der Schweiz*

Die Steuerbelastung liegt zurzeit im Kanton Genf um 40 Prozent über dem Durchschnitt, im Kanton Zug um 30 Prozent darunter. Das heißt, die effektive Steuerlast innerhalb der Schweiz ist absolut uneinheitlich und extrem unterschiedlich. Weshalb ziehen also nicht alle in den Kanton Zug? Der Grund dafür ist, dass die Grundstückspreise dort explodiert sind, weil viele reiche Steuerflüchtlinge zugezogen sind. Im Fachjargon: Die Steuerdifferentialrenten werden einfach (und einmalig!) zum Teil kapitalisiert. Das heißt, es gibt einen einmaligen Vermögens-effekt, von dem die erste Generation, das sind primär die glücklichen Grundeigentümer und -eigentümerinnen der Steuer-eroase, profitiert. Am Ende muss natürlich die nächste Generation, die dort lebt, entsprechend höhere Mieten zahlen. Auch die Ärmeren, sofern sie nicht wegziehen wollen oder müssen.

Der „Zugserfolg“ von Zug hat offensichtlich so viel Neid geweckt, dass jetzt andere Kantone in der Schweiz nachziehen, wie zum Beispiel Obwalden mit dem Versuch, das erste Mal in der Geschichte der Schweiz sogar einen regressiven Einkommenssteuertarif einzuführen, sodass die Reichsten (über 300.000 Franken Einkommen) anteilmäßig **weniger** Steuern zahlen müssen als alle anderen. Jedenfalls können Zug-Zuzügler (mir gefällt das Wort) die Steuersätze sogar individuell aushandeln. Die Regelbesteuerung für jemanden, der sehr reich ist und sich dort niederlässt, beträgt bloß die fünffache Monatsmiete, die er oder sie dort nachweislich bezahlt. Sogar das ist noch verhandelbar.

Die Folgen dieses Verhaltens liegen klar auf der Hand.

*die Schweiz –  
ein Sonderfall*

Steuerwettbewerb verschärft die Vermögens- und Einkommensungleichheit, die Finanzierung öffentlicher Dienste – Bildung, Gesundheit, Verkehr – wird zwangsläufig gebührenlastig. Das trifft natürlich die Ärmeren wesentlich stärker. Es gibt außerdem sehr hohe Administrationskosten, wenn man viele verschiedene Steuerregime nebeneinander hat. Man denke an Unternehmen, die in zwei Kantonen gleichzeitig operieren! Dieser enorme Bürokratieaufwand (normalerweise das Lieblingsfeindbild der Liberalen) scheint plötzlich absolut nebensächlich zu sein?

Zugegebenermaßen, die negativen Folgen des innerschweizerischen Steuerwettbewerbs sind, nüchtern betrachtet, (noch?) nicht ganz so dramatisch. Man kann die Schweiz sicher nicht mit Afghanistan vergleichen, so viel steht fest. Die Steuerlast ist in der Tat unterdurchschnittlich, allerdings werden auch deutlich niedrigere Sozialtransfers gewährt als in Österreich. Der öffentliche Sektor als Produzent ist in der Schweiz sicher vergleichsweise effizient, und es gibt in Teilbereichen (Bildung) eine hervorragende Infrastruktur.

Vergessen darf man bei all dem allerdings nicht die günstige historische Ausgangssituation der Schweiz – ihre Position als weltweite Steuerfluchtoase hat natürlich jahrzehntelang viele Probleme zugedeckt.

Weiters darf man die direkte Demokratie nicht vergessen. Sie ist sicher eine Bremse in Bezug auf das absolute Aushungern der öffentlichen Infrastruktur. So gibt es immer wieder demokratische Mehrheiten ganz überraschender Art, zum Beispiel auch gegen eine Steuersenkungsinitiative konservativer Kreise, die nicht durchgegangen ist, weil man sie in der vorgelegten Form als unfair empfunden hat. Darüber hinaus gibt es eine ausgeprägte soziale Staffelung von Gebühren (Kindergartengebühren etc.). Schließlich gibt es in der Schweiz auch eine

viel breitere Besteuerungsbasis: Es gibt eine Eigenmiet-Be-steuerung (also eine Besteuerung der hypothetischen Miete im Eigenheim), Sozialversicherungsbeiträge auf das Zinseinkommen, Grundsteuern, die dem Markt angemessen sind, und vieles mehr.

In der EU – auch in Österreich – sind alle diese Voraussetzungen, welche die negativen Folgen des Steuerwettbewerbs eindämmen könnten, – nicht erfüllt.

### 11. Schlussfolgerung

Meine Conclusio ist die folgende: Der Steuerwettbewerb funktioniert tendenziell nach dem Muster eines Modells, das es in der ökonomischen Theorie seit Langem gibt: Es handelt sich um das Modell des ruinösen, oligopolistischen Wettbewerbs, das sogenannte „Bertrand-Modell“. Kurzfristig lohnt es sich für jedes Land, beim Steuerwettbewerb mitzumachen; wenn alle sich auf die gleiche Weise verhalten, fehlt das Geld zum langfristigen Erhalt der Infrastruktur und des Sozialstaates. Die politischen Rückkoppelungen einer Verschlechterung der Qualität der Infrastruktur (die Wohlhabenden suchen nach Marktsubstituten für öffentliche Dienste) verstärken die Tendenz zum Minimalstaat. Das war die Quintessenz meiner Argumentation. Diese Tendenz zu einem ruinösen, die öffentliche Infrastruktur nachhaltig schädigenden Wettbewerb wird sich durch eine weitere Umsetzung der EU-Verträge und durch die weiteren EU-Erweiterungsschritte usw. noch verstärken:

*Steuerwettbewerb ist volkswirtschaftlich verschwenderisch*

- Die Harmonisierung der effektiven Unternehmensbesteuerung wird politisch immer schwieriger, je heterogener die EU zusammengesetzt ist und je unterschiedlicher daher die Interessenlagen sind.
- Die Verlagerung der Steuerlast von mobilen auf immobile Faktoren (von Kapital auf Arbeit) droht sich weiter zu verstärken.
- Die geringeren staatlichen Einnahmen in Verbindung mit der drohenden Überdehnung der Freizügigkeitsdoktrin (EU-Ver-

*qualifiziertes  
Mehrstimmig-  
keitsprinzip  
auch in  
Steuerfragen*

ordnung 1408/71) in einer immer heterogeneren EU verstärken langfristig den Druck in Richtung Abbau der Sozialleistungen, vor allem in jenen Ländern, die relativ wohlhabend sind und sich einen großzügigen Sozialstaat leisten.

Diese Entwicklungstendenzen sind meines Erachtens der wahre Hintergrund für die verbreitete EU- und Globalisierungsskepsis vor allem in den ärmeren Schichten der Bevölkerung. Sie fühlen sich diesen Prozessen ohnmächtig ausgeliefert. Ihnen wird ein System übergestülpt, das sie so sicher nicht wollten und dessen anti-wohlfahrtsstaatliche Automatik in den Spielregeln dieses Systems angelegt ist.

„There is no alternative“ – ist das wirklich so?

Nun, die „first-best solution“ (beste Lösung) wäre wohl gewesen, eine schlanke EU-Verfassung zu schaffen (man muss sie ja nicht Verfassung nennen), reduziert auf individuelle Grundrechte und Kompetenzverteilungsfragen, welche klare Entscheidungsregeln und ein qualifiziertes Mehrstimmigkeitsprinzip (auch für die Einführung von Minimalsteuern und gemeinsame Definitionen der Bemessungsgrundlagen) festlegt.

Natürlich: Gewisse Steuerdifferenzen und einen maßvollen Steuerwettbewerb wird und soll es – auch aus Respekt vor unterschiedlichen lokalen Präferenzen – weiterhin geben, deswegen geht die Welt nicht unter. Wenn jedoch ein Boden eingezogen wird, können sich die Staaten endlich auf jene produktiven Standortfaktoren konzentrieren, deren Verbesserung die Standortqualität hebt **und** langfristige Wohlfahrtsgewinne für alle mit sich bringt. Angedacht werden derartige Rahmenbedingungen für die Steuerpolitik ja durchaus auch auf höchster EU-Ebene.<sup>5</sup>

Natürlich sollte man auch die politische Macht der EU als „global power“ einsetzen, um endlich den parasitären „Steuroasen“



härtere Bandagen anzulegen. Denn diese sind ja reine Trittbrettfahrer der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit all der sie umgebenden Staaten.

Eine solche Ideallösung scheint natürlich unter den gegebenen Umständen, nach vollzogener Erweiterung erst recht, völlig utopisch zu sein. (Möglich, dass all jene, die eine möglichst rasche Erweiterung befürwortet haben, gerade eine solche Lösung auf Basis einer vertieften Integration verhindern wollten.)

*Gefahren von  
Ausweich-  
reaktionen*

Es gibt aber auch eine „second-best solution“ (zweitbeste Lösung): „Muddling through“ (Durchwursteln). Darin hat Österreich bei allen Problemlösungen viel Erfahrung. „Muddling through“ nach Schweizer Vorbild – zum Beispiel mittels eines sozial abgestuften Äquivalenzprinzips. So könnte man etwa eine Besteuerung der Eigenmiete für die Finanzierung von Gemeindeinfrastruktur erwägen, sozial differenzierte Studiengebühren und Selbstbehalte im Gesundheitswesen usw.

Ein solches System hat allerdings gravierende Nachteile: Durch die zufällige Kombination und Überlagerung von Effekten, wenn diese Systeme alle mit bestimmten Stufen (Eintrittsstufen usw.) definiert sind, kommt es zu absurden effektiven Grenzsteuersätzen: Wer das Pech hat, ein paar hundert Euro mehr zu verdienen, zahlt plötzlich überall mehr, knapp darunter zahlt man nichts. Es gibt dadurch also unsystematische, völlig willkürliche Umverteilungseffekte mit einem sprunghaften Verlauf von Grenzsteuersätzen. Ebenso existiert vorweg das Problem der Einkommenserfassung zur Klärung der „Bedürftigkeit“ – man denke an die obsoleten landwirtschaftlichen Einheitswerte oder die unscharfen Einkommen der Gewerbetreibenden etc. All diese Effekte sind natürlich höchst unerwünscht.

Daher würde ich mir natürlich eine „first-best solution“ wünschen. Träumen darf man ja noch.

**Anmerkungen:**

- 1 Brennan, G., Buchanan, J., *The Power to Tax: Analytical Foundations of a Fiscal Constitution*, Cambridge 1980
- 2 Übrigens hat das den luxemburgischen Ministerpräsidenten Juncker nicht daran gehindert, die Deutschen für ihre Budgetpolitik, für die Nichteinhaltung der Maastricht-Kriterien, zu kritisieren.
- 3 Wilson, J. D., *A Theory of Interregional Tax Competition*. in: *Journal of Urban Economics*, Heft 3/1986, S. 296; Zodrow, G. R., Mieszkowsky, P., Pigou, Tiebout, *Property Taxation, and the Underprovision of Local Public Goods*, in: *Journal of Urban Economics*, Heft 3/1986, S. 356
- 4 Kirchgässner, G., *Die Bedeutung der Körperschaftssteuer: Theoretische Überlegungen, die internationale Entwicklung und die Schweiz*. in: *Außenwirtschaft*, Heft 3/2004, S. 239
- 5 Nicodeme, G.: *Corporate tax competition and coordination in the European Union: What do we know? Where do we stand?* in: *Economic Papers of the Directorate General for Economic and Fiscal Affairs, Working Papers*, Heft 250/2006

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

# WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:\* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)  
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00  
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(\* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at))

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at).



Oberösterreich

## BESTELLSCHEIN\*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

\* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)

Name \_\_\_\_\_

Institution/Firma \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Plz/Ort \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

### BESTELLADRESSE:

ISW  
Gruberstraße 40-42, A-4020 Linz  
Tel. ++43/732/66 92 73  
Fax ++43/732/66 92 73-28 89  
E-Mail: [wiso@akooe.at](mailto:wiso@akooe.at)  
Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)